

Schmahl, Hans-Jürgen

Article — Digitized Version

Konjunktur - schlecht bewältigte Gestaltungsaufgabe

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Schmahl, Hans-Jürgen (1967) : Konjunktur - schlecht bewältigte Gestaltungsaufgabe, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 47, Iss. 8, pp. 381-382

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133742>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Konjunktur — schlecht bewältigte Gestaltungsaufgabe

Nach Meinung der meisten Konjunkturbeobachter ist die vielzitierte Talsohle der Konjunktur nunmehr erreicht. Wichtige Indikatoren, vor allem Produktion und Auftragseingang der Industrie, deuten darauf hin, daß es seit kurzer Zeit in der Wirtschaft nicht mehr abwärts geht. Niemand vermag bereits zu sagen, welcher Anteil daran den konjunkturpolitischen Gegenmaßnahmen zuzuschreiben ist und welcher auf die „selbstheilenden“ Kräfte der Wirtschaft entfällt. Sicher dürfte allein sein, daß die Wiederherstellung des innenpolitischen Vertrauensklimas eine wesentliche Voraussetzung für das Wirken der einen wie der anderen war. Ansonsten stimmt das Zwischenergebnis, zu dem die Beendigung der eigentlichen Rezession Anlaß gibt, nicht gerade zuversichtlich. Die Gestaltungsaufgabe, die das Konjunkturphänomen stellt, ist recht unzulänglich bewältigt worden.

Da ist zunächst zu beklagen, daß es überhaupt zu einem wirtschaftlichen Rückgang gekommen ist. Grund genug dafür sind allein schon die wirtschaftlichen Verluste und sozialen Schäden, die dabei entstanden sind. Nicht weniger wichtig aber ist die Erschütterung des Vertrauens in die Vermeidbarkeit gesamtwirtschaftlicher Rückschläge, das als Stimulans des Wirtschaftswachstums von so großer Bedeutung ist. Von allen Schäden wäre dies der größte: wenn die erste Rezession in der jungen Geschichte der Bundesrepublik jene Skepsis in der Wirtschaft nähren würde, die schlimmstenfalls den Keim für Erscheinungsformen der „Englischen Krankheit“ bilden kann. Nichts ist wachstumshemmender als die Ausbreitung der Ansicht, es könne eben nicht immer aufwärts gehen.

Das Faktum der Rezession wird der latent immer vorhanden gewesenen Meinung Auftrieb geben, daß die Bäume auch in der Wirtschaft nicht in den Himmel wachsen können. Diese Meinung, sofern überhaupt rational begründet, ist ein typisches Beispiel für partielle Argumentation. Natürlich kann nicht die Produktion jedes einzelnen Gutes und damit — bei gegebenem Entwicklungsstand — jeder einzelnen Branche immer weiter steigen. Die tatsächlichen Strukturschwierigkeiten einzelner Branchen (aber nicht die fälschlich dafür gehaltenen Auswirkungen des Konjunkturrückgangs auf eine Reihe weiterer Wirtschaftszweige!) zeigen das eindringlich. Doch gesamtwirtschaftlich ist die Analogie zu diesem Beispiel aus der Botanik ganz einfach falsch. Wirtschaft kann immer weiter wachsen. Einzelne Äste bleiben im Wachstum zurück, andere verkümmern gar, aber der „Baum Wirtschaft“ wächst weiter. Damit bleibt freilich das andere Argument, daß jedenfalls zwischenzeitliche Rückschläge, eben Rezessionen, nicht ausbleiben könnten. Alle Erfahrung zeigt, daß sich die wirtschaftliche Entwicklung nicht geradlinig vollzieht. Immer wieder ist es zu „Zyklen“ gekommen. Die Frage ist nur, ob man dem fatalistisch zusehen will. Zyklische Kräfte sind kompensierbar — das ist längst allgemein anerkannt, sofern es um die Vermeidung von allgemeinen Wirtschaftskrisen geht. Indessen, auch Rezessionen, kleinere Rückschläge, sind nicht „naturnotwendig“.

Erschüttert worden ist aber nicht nur das Vertrauen in die Vermeidbarkeit von Rezessionen, erschüttert ist auch das Vertrauen, daß man jedenfalls eine Rezession rasch durch Gegenmaßnahmen beenden kann. Traute man der Wirtschaftspolitik auch nicht recht zu, mit den Problemen einer Feinsteuerung des Wirtschaftsprozesses „auf dem Gleichgewichtspfad“ fertig zu werden, so glaubte man doch, daß sie die vergleichsweise grobe Kunst der Rezessionsbekämpfung beherrschen werde. Denn die beste und einzig zuverlässige Waffe in diesem Kampf ist die Ausgabensteigerung. Hatten Parlamente und Regierungen auf allen Ebenen von Gebietskörperschaften auf dem Felde der Ausgabenpolitik nicht immer wieder enorme Fähigkeiten zur Expansion bewiesen? Mußte man nicht annehmen, daß sie die Gelegenheit zu konjunkturpolitisch motivierter Ausgabensteigerung gern nutzen würden? Doch weit gefehlt, mit der lobenswerten Ausnahme des Bundes verhielten sich fast alle öffentlichen Hände weiterhin konsequent prozyklisch:

nach der Ausgabenflut im Boom nun die Sparpolitik in der Rezession! Brüning-scher Geist ist in Ländern und Gemeinden durchaus noch nicht überwunden. Es soll nicht verkannt werden, daß in manchen Fällen tatsächlich Schwierigkeiten bestehen, eine weitere Verschuldung einzugehen. Ein allgemein gültiges Argument aber ist das keineswegs.

Das Instrument der öffentlichen Verschuldung wurde notwendigerweise zum Angelpunkt der Rezessionsbekämpfung. Denn es trat die Situation ein, daß das „Pferd“ — die Wirtschaft —, an die „Tränke“ niedrigerer Zinsen und verbesserter Abschreibungsmöglichkeiten geführt, nicht trinken wollte. Skeptische Geschäftserwartungen wogen schwerer als günstigere Kostenbedingungen. Bundesregierung, Bundestag — halb zog es ihn, halb sank er hin — und selbst die Bundesbank sind den einzig möglichen Weg gegangen, den des deficit-spending. In weiten Kreisen der Öffentlichkeit aber schien und scheint nach wie vor der Eindruck zu herrschen, daß die Zunahme der öffentlichen Verschuldung im Grunde genommen ökonomisch höchst bedenklich und zumindest amoralisch sei. Der Hinweis, daß die öffentliche Verschuldung in der Bundesrepublik vergleichsweise gering ist — von einzelnen Kommunen abgesehen —, wird vielfach als bedeutendstes Beruhigungsargument angesehen. Indessen wäre es viel wichtiger, die Öffentlichkeit darüber aufzuklären, daß der Staatskredit grundsätzlich die gleiche ökonomische Berechtigung hat wie der Kredit der Wirtschaft. Nur bei solcher Unvoreingenommenheit haben wir eine Chance, daß sich nicht wiederholt, was jetzt geschehen ist: daß nämlich die konjunkturpolitischen Gegenmaßnahmen des Bundes durch völlig unangebrachtes Hausvaterverhalten anderer Gebietskörperschaften teilweise kompensiert wurden. Mit dem Ergebnis, daß insgesamt zuwenig getan wurde.

Die Rezessionsbekämpfung stand indessen nicht nur im Zeichen des „Zuwenig“, sondern auch des „Zu spät“. Das Hauptbeispiel lieferte dafür die Bundesbank, die erst Anfang Januar 1967 — ein halbes Jahr nach Beginn der Rezession! — die erste Diskontsenkung vornahm. Doch auch von der Installierung der neuen Bundesregierung bis zur Verabschiedung des Eventualhaushaltes durch den Bundestag verging immerhin fast ein Vierteljahr. Gar nicht zu reden von der schleppenden Auftragsvergabe, die sich dann noch einmal über Monate hinzog. Es ist beunruhigend, wie sich die Verzögerungen, die time-lags, summierten. Verzögerungen der Diagnose, Verzögerungen bei der Umsetzung der Diagnose in wirtschaftspolitische Beschlüsse, der Beschlüsse in Maßnahmen, der Maßnahmen in ökonomische Wirkungen. Die Rezession begann zur Jahresmitte 1966, die ersten Auswirkungen der Gegenmaßnahmen traten erst etwa ein Jahr später ein.

Das Zusammentreffen zweier Großaufgaben, nämlich Konjunkturankurbelung und Haushaltssanierung, wurde Anlaß zu neuen Schwierigkeiten und neuen Fehlern. Es ist eine Binsenweisheit, daß Konjunkturankurbelung (durch deficit-spending) und Haushaltssanierung (durch Einsparungen und erhöhte Abgaben) nicht zugleich zu verwirklichen sind. Infolgedessen ist es auch nicht plausibel, Sanierungsmaßnahmen für einen Zeitpunkt anzukündigen, zu dem aller Voraussicht nach die Konjunktur noch nicht wieder gefestigt sein kann. Die Bundesregierung hat jüngst diese Sünde wider die Logik und wider die Psychologie begangen. Sie hat mit den Beschlüssen zur mittelfristigen Finanzplanung erhöhte Lasten für den Beginn des nächsten Jahres angekündigt, freilich zugleich ein neues Zusatzprogramm für konjunkturaneigende Ausgaben. Diese Kombination verbessert und verschlechtert die Geschäftserwartungen im gleichen Atemzuge. Wieviel näher hätte es gelegen, die beiden Aufgaben nacheinander in Angriff zu nehmen. Etwa nach der Formel: die Maßnahmen der Haushaltssanierung werden in Kraft gesetzt, sobald die Wirtschaft sich wieder eindeutig auf dem Wachstumspfad befindet. Dann wäre nicht nur die Konjunkturaneigung unbehindert geblieben, sondern die Sanierungsmaßnahmen hätten zur Verhinderung einer neuen Übersteigerung phasengerecht eingesetzt werden können.

Eben dies aber erweist sich doch als die Hauptaufgabe: die Verstetigung des wirtschaftlichen Wachstums, die sowohl den Boom wie die Rezession vermeidet. Boom und Rezession sind keine unvermeidlichen Naturereignisse, sondern Ergebnis schlechter Wirtschaftspolitik. Mit einem Mangel an Instrumenten wird man künftig ein Versagen kaum noch begründen können. Videant consules!

Hans-Jürgen Schmahl